

Geopolitik und Geoökonomie am Ende des fossilen Energiezeitalters

Thomas Roithner

Kurz nach der Wahl von Barack Obama – dem angeblich „europäisch“ verorteten US-Präsidenten – schien die Welt für die EuropäerInnen nach den Bush-Jahren und seinen Kriegen in Afghanistan und Irak wieder in Ordnung. Rasch dämmerte den EuropäerInnen allerdings, dass Obama zweifellos kein uneingeschränkt glühender Atlantiker ist, sondern dass er die USA als „pazifische Macht“ positioniert. Der erste Auslandsbesuch führte Xilali – so wird die US-Außenministerin Hillary Clinton in China genannt – ins Reich der Mitte. Der „global player“ EU war verstört, galt doch der erste Auslandsbesuch traditionell einem engen europäischen NATO-Verbündeten. Ein Trend und ein Bedeutungswandel, den inzwischen zahlreiche Washingtoner außenpolitische Strategiepapiere unmissverständlich bestätigen. Was war passiert?

BRIC-Staaten

Die Investmentbank Goldman Sachs hatte den ökonomisch rasch wachsenden Staaten Brasilien, Russland, Indien und China im Jahr 2001 sehr salopp die Abkürzung „BRIC“ verpasst. Heute ist dieses Zusammenwürfeln scheinbar wenig Interessen verbundener Staaten in der Tat eine Art von Bündnis geworden. Ihre wirtschaftlichen Entwicklungen laufen vergleichsweise so rasant, dass sie nicht nur europäischen Staaten, sondern auch den USA den Rang ablaufen. China wird innerhalb der nächsten beiden Dekaden die Weltwirtschaftsmacht Nr. 1 noch vor den USA sein. Russland, Indien und Brasilien werden 2050 alle 3 voraussichtlich in die ersten 6 der Weltwirtschaft aufsteigen. Deutschland soll 2050 auf Rang 12 zu liegen kommen. Das gemeinsame Bruttosozialprodukt der 4 BRIC-Staaten positioniert sich heute zwischen jenem der EU-27 und jenem der USA. In den letzten 20 Jahren wuchs Chinas Bruttosozialprodukt um das Vierfache und war statistisch dafür verantwortlich, dass die Zahl der ökonomisch absolut arm geltenden Menschen global betrachtet gesunken ist. China – so Henry Kissinger – hat das „größte Potenzial zum Rivalen“.

Geopolitik und Geoökonomie

Der ökonomische Bedeutungsgewinn von Staaten wie China, Indien oder Brasilien schafft auch geopolitische Herausforderungen für den „Westen“. „In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die geoökonomische Konkurrenz wesentlich wichtiger als die geopolitische Balancierung von Macht“, so die Berliner Wirtschafts- und PolitikwissenschaftlerInnen Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf. Augenscheinlich wird dies bei einer Reihe von Problemfeldern, in denen Geopolitik und Geoökonomie ineinandergreifen (u.a. Konkurrenz um Rohstoffe und Transportwege, Rüstungsexporte, aggressive Handelspolitik, Währungskonflikte).

Afrika im „Spiel der Kräfte“

Der selbstbewusste südafrikanische Botschafter Abdul Minty beklagt, dass die EU mit fixfertigen Papieren zu „Verhandlungen“ nach Afrika reist. Verhandlungen sehen in der Tat anders aus. Das Aufschnüren der Position von 27 Staaten in Gesprächen mit einzelnen afrikanischen Ländern ist schwerfällig, die Behäbigkeit gegenüber wirtschaftlich schwachen afrikanischen Rohstoffexporteuren wohl ein Teil der Strategie. Ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse und ein „wenig zivilisierender Handel“ (Birgit Mahnkopf) sind ein Aspekt der Debatte. Ein weiterer Aspekt ist die seit dem Kongo-Militäreinsatz 2003 ständige Präsenz von EU-Truppen am afrikanischen Kontinent durch Interventionen unterschiedlichster Art. Die Sicherung französischer Rohstoff- und Geopolitik-Interessen durch die EU-Truppen im Tschad oder der Versuch der Gewährleistung der Unantastbarkeit der Handelsschiffe am Horn von Afrika u.a. durch den militärischen EU-Marineinsatz „Atalanta“ deutet vielmehr auf ökonomische als auf humanitäre Interessen. Rohstoffe, Absatzmärkte und die geopolitische Behauptung gegenüber den USA, China und anderen globalen Herausforderern sind dabei zentrale Motive für die EU-27. Walter Stützle, vormals Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium meint: „Der Wettlauf um die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe ist längst und heftig im Gange (...) Amerikaner und Chinesen gehen dabei planvoller zu Werke als die Europäer.“

Die EU-Entwicklungspolitik samt ihrer Menschenrechtskonditionalität stößt angesichts des chinesischen Engagements in Afrika an ihre Grenzen. China lockt mit Billigkrediten und Investitionen und fährt dank diplomatischer Daumenschrauben und einer aggressiven Wirtschaftspolitik nationale Erfolge ein. Nicht nur im Falle von China oder Russland, sondern auch bei unterschiedlichen Rohstoffdiktaturen gibt es

in der „westlichen“ Welt heftige Debatten, ob und wie Fragen von Menschenrechten oder Pressefreiheit überhaupt angesprochen werden sollen.

Globaler Energiehunger

Die Mitgliedstaaten der NATO und der EU sehen sich einer steigenden Abhängigkeit von energetischen Ressourcen gegenüber. Militärische Aspekte der US-Ressourcensicherung sind einer breiten Öffentlichkeit spätestens seit dem Irak-Krieg bekannt. Die nationalen Armeen der EU-Staaten verlassen deutlich sichtbar die militärische Ressourcensicherung auf dem Papier in Richtung einer operativen Ebene. Das European Defense Paper sieht gar EU-Rohstoffkriege an der Seite der USA als künftiges militärisches Einsatzszenario. Im Jahr 2006 meinte der deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling: „Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen“.

In knapp 10 Jahren wird China 60 bis 80 % seines Energiebedarfs importieren müssen. Vor wenigen Jahren kamen noch rund 40 % des chinesischen Öls aus dem Mittleren Osten und knapp ein Viertel aus Afrika. Beinahe ein Drittel aller Investitionen chinesischer Ölfirmen werden in Afrika getätigt. China ist heute der zweitgrößte Energiekonsument. Während auch Indien hohe Zuwachsraten im Energiebedarf aufweist verdeutlicht Russland seit Jahren mit Erfolg die Abhängigkeit der EU – Stichwort Nabucco-Pipeline vs. South Stream – und Moskau verschränkt damit Wirtschaft und Politik.

Rolle der EU

Seit dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999 arbeitet die Union „mit Lichtgeschwindigkeit“ (Javier Solana) an der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Ein relativ hohes Maß an Einigkeit besteht in militärischen Fragen: Bei der Schaffung von „battle groups“ (mit der gleichzeitigen politischen Uneinigkeit bezüglich des Einsatzes) für EU-Kampfeinsätze in Wüsten, Hochgebirge, Dschungel und Städten, über 2 Dutzend zum Teil in der Bevölkerung höchst kontrovers aufgenommene Auslandseinsätze, eine militärische EU-Beistandsverpflichtung, eine immer loser werdende Bindung an das Völkerrecht oder eine EU-Aufrüstungsverpflichtung samt einer zugehörigen Agentur. Die EU-Staaten exportieren seit 2005 gemeinsam mehr Waffen als die USA oder Russland. In der Außen- und Sicherheitspolitik wird das Pferd seit jeher vom Schwanz aufgezäumt.

Uneinig in der Außenpolitik, einig in den vorwiegend militärischen Instrumenten bezüglich des Einsatzes – ein gefährlicher Trend. Auch wenn es durch die EU-weit geschnürten Belastungspakete um die Sicherheits- und Militärpolitik der EU ruhig geworden ist – sie findet abseits der öffentlichen Debatte ihre Fortsetzung.

Die Sinnhaftigkeit der Zusammenarbeit europäischer Staaten zur Verhinderung von Krieg – im Innenverhältnis genauso wie nach außen – steht völlig außer Zweifel. Nur welches Militär für welchen Frieden? Oder eine EU als strikt gewaltfrei agierende Gemeinschaft, die Sicherheit lieber sozial, ökologisch und über globale Gerechtigkeit definiert? Wo endet der neutrale peace-keeper? Wo beginnt die militärische Durchsetzung von geopolitischen und geoökonomischen Interessen? Über die Politik und Gewichtung der verfügbaren und der zu schaffenden Instrumente der EU ist nicht nur hinter verschlossenen Türen zu debattieren, sondern unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung. Auch mit dem aus Sicht der politischen und militärischen Eliten so zu bezeichnenden „Risiko“, dass die Bevölkerung einen Paradigmenwechsel in Richtung einer zivilen EU einfordert. Dazu gehört allerdings auch die Änderung des Wirtschaftssystems. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen haben auf dem Gebiet der zivilen Krisenprävention und des zivilen Krisenmanagements wertvolle Expertise erarbeitet und erproben diese auch weltweit. Armut, Hunger, Unterernährung, Flüchtlinge, globale Erwärmung u.v.a. werden von der EU-Sicherheitsstrategie aus guten Gründen zu den „globalen Herausforderungen“ gezählt. Diese zivilen Herausforderungen verlangen aber auch zivile Lösungsansätze jedes einzelnen Staates sowie der gesamten Staatengemeinschaft und keine Militarisierung der internationalen Politik zur Durchsetzung eigener Interessen.

Der Autor

Mag. Dr. Thomas Roithner, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Forschungsdirektor am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Burg Schlaining) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, web: www.aspr.ac.at, www.thomasroithner.at

Quelle:

Interesse. Soziale Informationen, Herausgegeben vom Sozialreferat der Diözese Linz, Seite 1 - 2, Ausgabe 2012/3, Linz.